Pressemitteilung

30. Juni 2021

Stiftung Preußischer Kulturbesitz: Erste Reformschritte noch zu zaghaft

Der Deutsche Kulturrat hat konkrete Vorschläge für die Reform vorgelegt

Berlin, den 30.06.2021. Gestern hat der Stiftungsrat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) erste Reformen für die stark in die Kritik geratene Einrichtung beschlossen. Der Deutsche Kulturrat hatte bereits vor einem halben Jahr **konkrete Vorschläge für die Reform** vorgelegt.

Verschiedene vom Wissenschaftsrat deutlich benannte Probleme wurden im ersten Reformaufschlag noch nicht angegangen.

Als wesentliche Ressource des Reformprozesses sieht der Deutsche Kulturrat die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Sie kennen die Stärken und Schwächen, die inhaltlichen und organisatorischen Herausforderungen aus ihrer täglichen Arbeit und dem Austausch mit Kolleginnen und Kollegen anderer Einrichtungen. Ihre Expertise kann dem Reformprozess wertvolle Impulse geben. Auf sie kommt es bei der Umsetzung der Reform an.

Ziel der Reform muss eine effiziente Struktur sein, die vom Leitbild der Good Governance geprägt ist.

Dazu zählen:

- die Beteiligung und das commitment der stakeholder, die Beteiligung der Mitarbeiterschaft, die Beteiligung der Nutzer,
- die Festlegung von klaren Zuständigkeiten der Führungspersonen, die in die Verantwortung für ihre Arbeitsbereiche genommen werden und hierfür die entsprechenden Handlungsspielräume erhalten,
- eine hohe Autonomie der einzelnen Einrichtungen, die sich zugleich als Teil eines Ganzen verstehen, das von einer gemeinsamen Idee getragen wird,
- die Etablierung von Strukturen, die Zusammenarbeit ermöglichen und befördern,
- eine stärkere Dienstleistungs- und Nutzerorientierung,
- eine agile und serviceorientierte Verwaltung.

Angesichts der Entwicklungen in den letzten Jahren spricht sich der Deutsche Kulturrat dafür aus, dass nur noch der Bund und das Sitzland Berlin künftig dem Stiftungsrat angehören. Darüber scheint gestern aber keine Entscheidung gefallen zu sein. Sollte man

sich dazu entscheiden, dass weiterhin alle Länder und der Bund im Stiftungsrat vertreten sind, müsste sich dies auch in der Finanzierung ausdrücken.

Um die Stiftung Preußischer Kulturbesitz stärker in der Zivilgesellschaft zu verankern und Impulse aus der Zivilgesellschaft aufzunehmen, fordert der Deutsche Kulturrat die Einrichtung eines Beirates gesellschaftlicher Gruppen, der die Diversität der Gesellschaft widerspiegelt.

Der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, **Olaf Zimmermann**, sagte: „Es geht darum, die Probleme im Supertanker Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) beherzt anzugehen und zu lösen. Gestern wurden erste Reformschritte beschlossen, weitere werden folgen müssen. Dabei muss den Beteiligten bewusst sein, dass es sich bei der Reform um ein Vorhaben handelt, das einen längeren Zeitraum beanspruchen wird. Ein Denken in Legislaturperioden wird der Aufgabe und der Verantwortung nicht gerecht. In diesem Sinne war gestern der Start der überfälligen Umgestaltung der SPK, aber noch sind die beschlossenen Reformschritte zu zaghaft."

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat